

Niederschrift

Gremium	Sitzung - UA-JHP/042(V)/12			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Unterausschuss Jugendhilfeplanung	Montag, 07.05.2012	Jugendamt, Zimmer 403 W.-Höpfner-Ring 4	09:30Uhr	11:10Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Bestätigung der Tagesordnung
- 1.1 Genehmigung der Niederschrift vom 16.04.2012
- 2 Stand zu den drei Ebenen im Bereich Kindertageseinrichtungen
- 3 Förderung von Einrichtungen und deren Maßnahmen gemäß §§ 11 bis 16 SGB VIII für das Haushaltsjahr 2012 - DS0120/12 - erste Rückmeldungen freier Träger zur Anhörung der Verwaltung
- 4 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzender

Schwenke, Wigbert

Mitglieder des Gremiums

Nordmann, Sven

Kanter, Liane

Klaus, Detlev Dr.

+ Anwesenheitsliste

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung, Bestätigung der Tagesordnung

- Herr Schwenke eröffnet die Sitzung Unterausschuss Jugendhilfeplanung;
- die Sitzung ist ordnungsgemäß einberufen, 4 UA-Mitglieder sind anwesend;

Absprache zur Tagesordnung

- Frau Skowronek möchte gern mittels einer PPP vorstellen, warum sich die Kita Gesellschaft nicht mehr an der Kita-Software beteiligt;
- Frau Kanter fragt, ob der Antrag des Vereins KINDERbUNT e. V. heute mit behandelt wird, Herr Bergt, Vertreter des Vereins, ist heute anwesend;
- Herr Schwenke schlägt vor, beide Themen unter dem TOP Verschiedenes zu behandeln;

1.1. Genehmigung der Niederschrift vom 16.04.2012

- Frau Kanter bemängelt, dass der TOP 3 sehr knapp niedergeschrieben ist, da die Anfragen und Antworten bei weitem ausführlicher waren;
- die Niederschrift vom 16.04.2012 wird mit dem **Abstimmergebnis 3/0/1** angenommen;
- Herr Schwenke fragt, wer in der Juhi-Sitzung am 10.05.2012 aus dem heutigen UA JHP berichtet, da er und Herr Nordmann zu der Sitzung nicht anwesend sein werden;
- Frau Kanter erklärt sich bereit;

2. Stand zu den drei Ebenen im Bereich Kindertageseinrichtungen

- Herr Dr. Gottschalk gibt den Mitgliedern einen ausführlichen Sachstand zu den drei Ebenen im Bereich Kindertageseinrichtungen;
- die Ausführungen befinden sich in der Anlage zur Niederschrift;
- der Unterausschuss JHP nimmt den Sachstand zur Kenntnis und wünscht zur nächsten Sitzung einen erneuten Sachstand;

3. Förderung von Einrichtungen und deren Maßnahmen gemäß §§ 11 bis 16 SGB VIII für das Haushaltsjahr 2012 - DS0120/12 - erste Rückmeldungen freier Träger zur Anhörung der Verwaltung

- den UA Mitgliedern liegt die DS0120/12 - Förderung von Einrichtungen und deren Maßnahmen gemäß §§ 11 bis 16 SGB VIII für das Haushaltsjahr 2012 - sowie erste Rückmeldungen freier Träger zur Anhörung der Verwaltung vor;
- Herr Schwenke ist überrascht, dass die o. g. Drucksache heute und auch für den Juhi am 10.05.2012 vorliegt, obwohl der UA JHP in seiner letzten Sitzung die Verwaltung beauftragte, eine Rückkopplung mit den Trägern vorzunehmen. Er nahm an, dass eine neue Drucksache dann erst für die Juhi-Sitzung im Juni vorgelegt wird.
- Herr Dr. Klaus kann die Kritik am „Gießkannenprinzip“ nicht nachvollziehen. Die Diskussion um notwendige Einsparungen reicht bis in den Dezember 2011 zurück, anhand der Liste a „Kürzungen im freiwilligen Bereich/Zuschuss“ zur DS 0455/11. In Folge wurde umfangreich zum Thema diskutiert. Der Hinweis auf einzelne Sparansätze und Träger kam auch vom SJR, später ergänzt um Vorschläge der Verwaltung. Diese Denkrichtungen wurden jeweils heftig kritisiert, mit Blick auf die DS zum ersten Planungsschritt, DS0553/08 und des dortigen Beschlusses einer ungeschmälernten Fortführung des Bestehenden beantwortet. Der gültige Beschluss bindet die Verwaltung als ausführend und legitimiert nicht zu anderen Vorgehensweisen. Auch die nachträglich eingebrachte „Besserstellung“ des kommunalen Trägers beim Personal ist Bestandteil des Beschlusses. Das was als Gießkanne bezeichnet wird, ist die bisher grundlegend angenommene Variante B der Einbringung der Verwaltung auf der Basis der Festlegungen in der UA JHP-Sitzung vom 19.03.2012. Der im HH-Jahr 2012 im Rahmen der Amortisation von FAG-Mindererträgen zu kürzende Betrag in Höhe von 550.000 EUR wurde hier durch fachliche Bewertungen auf verschiedene Sachkonten im gesamten Leistungsbereich aufgeteilt. Durch Prioritätensetzung auf die Einrichtungsförderung konnte die prozentuale Kürzung mit 2,33 % relativ gering gehalten werden und wurde vor allem zu Lasten der Kürzung bei der Maßnahmeförderung erreicht.
- Frau Dr. Arnold ergänzt, dass alle freien Träger im Rahmen einer Anhörung angeschrieben wurden, fast alle Träger geantwortet haben und die Trägermeldungen 1:1 weitergeleitet wurden;
- zwar äußerten die Träger Leistungseinschränkungen, aber bis auf die Jungen Humanisten, die eventuell einen Standort aufgeben müssen, gab kein Träger ein eindeutiges Signal, dass er seine Einrichtung aufgeben müsste; Reserven würden einige Träger in einem eigenständigen Wirtschaften innerhalb des Restbetrages über alle Förderbereiche sehen;
- Herr Schwenke fragt, inwieweit die Träger mit den vorgeschlagenen Kürzungsvorschlägen Spielräume haben;
- Herr Nordmann ist zwar auch nicht erfreut über die vorzunehmenden Kürzungen, dennoch ist er über die Entgegnungen der Träger und des Stadtjugendringes sehr enttäuscht, da trotz der langen Zeit keine konstruktiven Vorschläge zu anderen Kürzungen gemacht wurden und sich in den Trägerschreiben eine einhellige Ablehnung gegenüber den notwendigen Einsparungen findet nach einer so langen Zeit von Diskussionen und Beratungen muss endlich eine Entscheidung gefällt werden, er empfiehlt die DS zu beschließen
- Frau Kanter:
 - o informiert, dass sie bereits in der letzten UA-Sitzung keine Zustimmung zur vorliegenden Drucksache gegeben hatte und auch heute nicht geben wird;

- ist der Meinung, dass die Kürzungen nach der „Rasenmähermethode“ von mangelnder Fachlichkeit der Verwaltung spricht;
 - dachte, dass die Rückkopplung an die Träger eine Anhörung der Träger bedeutet, bei der die Träger äußern können, in welchem Umfang und an welcher Stelle sie Einsparungen vornehmen können und nicht die Einsparhöhe aufgetragen bekommen;
 - fragt weiterhin, warum die Kürzung auf der Basis der Zuwendungen von 2011 vorgenommen werden sollen und teilt mit, dass die Kürzungen auf der Basis von 2012 dann zwischen 2,8 und 16,7 % liegen würden und die Tarifierhöhungen nach TVÖD an dieser Stelle noch nicht beachtet wurden;
 - ist der Meinung, dass diese Kürzungen mit dem „Rasenmäher“ gesetzeswidrig sind und in den kommunalen Einrichtungen nicht vorgenommen werden;
 - kann die Träger verstehen, dass keine Vorschläge gemacht wurden, da sie mit ihrer Arbeit wahrgenommen und geschätzt werden wollen
- Herr Dr. Klaus:
- beanstandet die Ausführungen von Frau Kanter, dass das „Gießkannenprinzip“ mangelnde Fachlichkeit der Verwaltung darstellt und erläutert noch einmal, dass es sich hier nicht um eine Umverteilung von Mitteln handelt, sondern um die 550 T€ aus dem Budget des Jugendamtes, die nicht mehr zur Verfügung stehen;
 - weist nachdrücklich darauf hin, dass die Drucksache nicht erst später, sondern jetzt beschlossen werden muss, damit die Amortisation umgesetzt werden kann. Die Träger brauchen umgehend eine Sicherheit bzgl. der tatsächlichen Mittelhöhe. Jeder Zeitverzug schmälert die Steuerungsmöglichkeit.
 - wenn der JuhI diese Drucksache nicht behandeln wird, muss der Stadtrat vor diesem Hintergrund und unter Bezug auf die fehlenden Mittel beschließen;
 - die einmaligen und über das Budget des Jugendamtes einbezogenen Kürzungen sollten auch positiv gewürdigt werden. Eine Gleichbehandlung des kommunalen Trägers bei den Projekt- und Maßnahmemitteln war immer selbstverständlich, hier stehen in 2012 nur 1000 EUR je Einrichtung als Basisangebot zur Verfügung
 - Eine Gesetzeswidrigkeit kann ausgeschlossen werden, da es hinreichend Urteile zur unterschiedlichen Bewertung von Kürzungen im freiwilligen /Zuwendungsbereich und dem pflichtigen Bereich gibt.
- Frau Dr. Arnold:
- informiert, dass den Trägern im Anhörungsschreiben das Kürzungsvorhaben im Konjunktiv mitgeteilt wurde. Sie hatten ausdrücklich und sehr wohl die Möglichkeit, eigene Vorschläge und Verweise auf andere Einsparungsmöglichkeiten zu machen; Vorschläge zu höheren Kürzungsmöglichkeiten kamen aber von keinem Träger, lediglich der Wunsch nach eigener Verteilung der Kürzungsvorgaben, vor allem bei Trägern mit mehreren Einrichtungen;
 - erläutert, dass die Kürzungen auf der Basis von 2011 vorgenommen wurden, da das Antragsvolumen der Träger für 2012 weitaus den Haushaltsplanansatz überschritt und ein hohen Anteil an Mehrbedarf sowie Erweiterung von Personalstellen beantragt und diese Mittel nicht abgerufen wurden
- Herr Nordmann
- weist daraufhin, dass auch durch die Schließung der KJH „Werder“, wenn auch nur geringe, aber Einsparung und Kürzungen im kommunalen Bereich vorgenommen wurden
 - Er bedauert, dass von den freien Trägern keine Lösungsansätze, kein konstruktiver Vorschlag gemacht wurden, sodass durch die Verwaltung die Notbremse gezogen und die vorliegende Drucksache zur Förderung von Einrichtungen erstellt werden musste.

- die Tarifierhöhungen heute nicht mit in Betracht gezogen werden, es soll geguckt werden, wie der OB mit den Tarifierhöhungen laut TVÖD umgeht
- Frau Kanter:
 - weist noch einmal darauf hin, dass Lösungen gefunden werden können, wenn individuelle Trägergespräche durchgeführt werden
 - die Träger haben mit der vorliegende Drucksache keine Spielräume
- Herr Schwenke:
 - erklärt, dass die Drucksache heute nicht das erste Mal vorliegt
 - erläutert, dass es richtig ist, dass die Drucksache nicht erst im Dezember zur Beschlussfassung kommt, da die Träger Planungssicherheit benötigen, auch für die Sommerferien
 - weist darauf hin, dass der 2. Planungsschritt dringend zu Stande kommen muss, um zu gucken, wo Einsparungen gemacht werden können, eventuell auch durch Schließung von Einrichtungen
- Frau Kanter
 - stellt fest, dass die Einrichtungsdrucksache all die anderen Jahre immer erst im Juni des jeweiligen Kalenderjahres beschlossen wurde und somit noch Zeit für individuelle Trägergespräche bleibt, um Lösungen zu finden
 - wird einen Änderungsantrag am Donnerstag in den Juhi einbringen
- Herr Dr. Klaus
 - widerspricht jeglichem weiteren Zeitverzug in der Sache. Für die nunmehr gewünschten 25 Verhandlungsgespräche gibt es kein Personal, keine Zeit, würde sich nur ein weiterer nachteiliger Verzug ergeben. Der 1. PS aus 2008 ist für die Verwaltung und in der Sache bindend. Die DS muss im Juhi im Mai beschlossen werden, man kann die anderen Jahre nicht mit 2012 vergleichen, hier gibt es die besondere Situation der Amortisation der FAG-Mindererträge, Träger und Verwaltung benötigen eine Handlungsgrundlage
- Herr Schwenke:
 - stellt fest, dass für heute kein Änderungsantrag zur Drucksache vorliegt
 - Zeitdruck besteht
 - für das kommende Jahr Einzelgespräche mit den Trägern durchgeführt werden sollen
 - hofft, dass der 2. Planungsschritt JHP für das nächste Jahr vorliegt
 - stellt die vorliegende Drucksache zur Abstimmung:

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss die Zustimmung der vorliegenden DS0120/12 - Förderung von Einrichtungen und deren Maßnahmen gemäß §§ 11 bis 16 SGB VIII für das Haushaltsjahr 2012.

Abstimmergebnis 2/1/1

4. Verschiedenes

①

- Herr Schwenke erinnert, an den verschickten Antrag des Vereins KINDERbUNT e. V. zur 2. Magdeburger Kinderstadt Elberado 2012 (auf Herrn Müllers Anfrage);
- es wurde bisher kein weiterer Bedarf als TOP angemeldet, kann jedoch heute ein Sachstand zum Antrag gegeben werden;
- Frau Dr. Arnold informiert:
 - o die 1. Magdeburger Kinderstadt im Sommer 2010 war ein großer Erfolg
 - o nach Prüfung des neuen Antrags für 2012 hat sich ergeben, dass die Gesamtfinanzierung des Projektes „Kinderstadt“ nicht gesichert ist, im Gesamtfinanzierungsplan des Projektes wird die Beantragung von Drittmitteln beim LAP angegeben, die jedoch mit Stand vom 30.03.2012 nicht zu verzeichnen ist
 - o ein Änderungsantrag bezüglich anderer Drittmittel liegt dem JA nicht vor
 - o aufgrund von FAG-Mindererträgen wurde im Jugendamt festgelegt, dass alle für das Jahr 2012 neu gestellten Projektanträge aufgrund der Priorität anderer Maßnahmen und Projekte in diesem Jahr nicht gefördert werden
- Frau Kanter bittet um kreative Hilfe für den Verein und schlägt eventuell materielle Unterstützung (z. B. Material aus dem Fundus o. ä.) vor;
- der Unterausschuss spricht sich positiv für das Projekt aus und sagt verbale und moralische Unterstützung zu;

②

- Frau Skowronek möchte die Gründe, warum sich die Kita Gesellschaft nicht mehr an der Kita-Software beteiligt, benennen;
- sie stellt mittels einer PPP die Aufgaben und den Umfang einer Kita-Leiterin vor, die PPP befindet sich in der Anlage der Niederschrift;
- sie macht deutlich, dass die Anzahl der Leitungsstunden nicht ausreicht und durch die Kita-Software mehr Zeitaufwand benötigt wird als vor der Software in handschriftlicher Arbeit;
- sie schlägt vor, die Leitungsstunden mindestens bis Dezember 2012 wie folgt zu erhöhen:

Einrichtungen ab 70 Kinder	5 Leitungsstd./Wo
Einrichtungen über 100	7 Leitungsstd./Wo
Einrichtungen über 200	10 Leitungsstd./Wo,

 da noch Schwierigkeiten bei der Anwendung mit der Kita-Software bestehen;
- es wird festgestellt, dass die eigentliche Ursache des Austritts der Kita Gesellschaft aus dem Kita Portal lediglich an den zu geringen Leitungsstunden der Kita- Leiterinnen liegt;
- Herr Dr. Klaus weist darauf hin, dass die Leitungsstunden dringend nach dem KiFöG angepasst werden müssen und die Problematik unbedingt im Juhi oder im UA JHP ausgiebig thematisiert werden muss;
- am 10.05.2012 findet ein erneuter Termin mit der Kita Gesellschaft und der Verwaltung zur Kita-Software statt;
- dem UA wird eine Mitschrift der Beratung gegeben;

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Wigbert Schwenke
Vorsitzender

Iris Kiuntke
Schriftführerin